

1 **Thema Migrationspolitik**

2 **Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen**

3 Das Rheinland und Westfalen sind seit über 100 Jahren Einwanderungsregionen für arbeits- und
4 schutzsuchende Menschen. Sie alle sind uns willkommen, und es ist unsere Pflicht, ein sicherer
5 Hafen für diese Menschen zu sein und ihnen die Chance auf vollständige Integration zu bieten.

6 Als Linke stehen wir für eine solidarische Integrationspolitik, die Menschenrechte achtet und
7 Diskriminierung entgegentritt.

8 Die Linke ist inzwischen die einzige Partei im Bundestag, die das Recht auf Asyl konsequent
9 verteidigt. Wir bleiben dem Grundsatz treu: Kein Mensch ist illegal!

10 Statt auf Ausgrenzung und Abschottung setzen wir auf Investitionen in Integration durch
11 inklusive Bildung und gute Arbeitsplätze. In unseren Kommunen gibt es nicht zu viele
12 Eingewanderte, sondern zu wenig bezahlbaren Wohnraum, zu schlecht ausgestattete Schulen
13 und Kitas, zu wenig Ärzt:innen und Pfleger:innen. Mehrsprachigkeit von Menschen sehen wir als
14 Chance statt als Problem. Die Rechte von Geflüchteten stellen wir nicht gegen die Rechte der
15 schon lange hier lebenden Menschen.

16 Wir wollen Migrant:innen-Selbsthilfeorganisationen und Integrationsräte in die politischen
17 Entscheidungen auf kommunaler Ebene einbeziehen.

18 **Wir fordern für eine gelungene Integration:**

- 19 - Kommunen müssen dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beitreten. Kommunen müssen
20 Geflüchtete dezentral und menschenwürdig unterbringen. Kommunal angebundene
21 Antidiskriminierungsstellen müssen geschaffen werden. Geflüchteten und
22 Einwander:innen aus anderen EU-Staaten muss sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht
23 werden, Sprach- und Integrationskurse zu absolvieren
- 24 - Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden. Ausländische Bildungs-
25 und Berufsabschlüsse müssen schneller anerkannt werden.

26 **Gleiche soziale und politische Rechte für alle**

27 Mehr als zwei Millionen Menschen in NRW verfügen nicht über einen deutschen Pass. Um für
28 langjährig hier lebende Migrant:innen gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu schaffen,
29 bedarf es deshalb deutlicher Einbürgerungserleichterungen. Statt Sonderregelungen und Erlasse
30 gegen Migrant:innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte
31 Einbürgerung und das Wahlrecht für alle Menschen, die hier dauerhaft leben. Ergänzt werden
32 muss eine solche Politik durch einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf
33 allen Ebenen.

34 **Wir wollen**

- 35 - kommunale Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und
36 Mehrfachstaatsangehörigkeiten erleichtern
- 37 - sozialräumliche Integrationsarbeit als ein zentraler Bestandteil der Stadtentwicklung
- 38 - Beratungsstellen zur Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen
39 Regelsysteme und zur Arbeitsmarktintegration: mit herkunftssprachlichen
40 Berater:innen
- 41 - Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen
- 42 - Schaffung von kommunal angebotenen Antidiskriminierungsstellen

- 43 - Förderung der Selbstorganisationen von Migrant:innen
- 44 - Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen
- 45 - kommunale Finanzierung von Dolmetscher:innen für alle Behördengänge
- 46 - Einbeziehung von Migranten:innen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und
- 47 die Politik der Kommunen

48 **Für menschenwürdige Unterbringung**

49 Die Unterbringung von zugewiesenen Asylsuchenden und Geduldeten auf kommunaler Ebene
 50 liegt in der Zuständigkeit der Kommunen. Obwohl die Unterbringung in Wohnungen nicht nur
 51 menschenwürdiger, sondern fast immer auch günstiger ist als in Sammelunterkünften, sieht das
 52 Asylgesetz aktuell vor, dass Asylsuchende in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften
 53 untergebracht werden sollen. Häufig bedeutet das: Leben in Mehrbettzimmern ohne
 54 Rückzugsmöglichkeiten, mit Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Das erzwungene
 55 Zusammenleben mit vielen fremden Menschen auf engstem Raum ohne Privatsphäre stellt für
 56 die Betroffenen eine hohe Belastung dar. Solche Wohnverhältnisse erschweren die
 57 gesellschaftliche Teilhabe und Integration und widersprechen auch den Empfehlungen des
 58 Sachverständigenrates der Bundesregierung. Daher tritt Die Linke für die dezentrale
 59 Unterbringung in Wohnungen ein. Wo kommunale Sammelunterkünfte existieren, müssen sie
 60 möglichst menschenwürdig gestaltet sein.

61 **Wir wollen**

- 62 - verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung, um den teilweise eklatanten
- 63 Missständen entgegenzuwirken und Beschwerdestellen, bei denen Verstöße gegen die
- 64 Standards gemeldet werden können
- 65 - Ersatz großer Gemeinschaftsunterkünfte durch kleinere Einrichtungen mit abgetrennten
- 66 Wohneinheiten, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper
- 67 wirken
- 68 - menschenrechtskonforme Gestaltung der Hausordnungen, um das Recht auf
- 69 Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) auch in Gemeinschaftsunterkünften
- 70 abzusichern
- 71 - Nutzung aller kommunalen Spielräume für die Unterbringung in Wohnungen, nicht nur
- 72 bei traumatisierten und besonders schutzbedürftigen Geflüchteten
- 73 - Abschaffung überhöhter Nutzungsgebühren, die von Bewohner*innen der
- 74 Gemeinschaftsunterkünfte verlangt werden, sobald sie ein eigenes Einkommen haben
- 75 - Erstellung von Gewaltschutzkonzepten für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte
- 76 - Bekämpfung von Immobilienhaien, die vor allem mit Schrottimmobilien auf die
- 77 Ausbeutung von Neuzugewanderten abzielen

78 **Integration durch Bildung**

79 Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte
 80 Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen
 81 Entscheidungsprozessen.

82 **Wir wollen**

- 83 - ein Sofortprogramm zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die
- 84 Deutsch als Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht
- 85 werden zu können,

- 86 - eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulen für alle Kinder; Willkommens- bzw.
- 87 Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der Einstellung
- 88 zusätzlicher Lehrkräfte, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, sowie
- 89 von Schulsozialarbeiter:innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen;
- 90 geflüchtete Schüler:innen müssen schnellstmöglich in das Regelschulsystem integriert
- 91 werden,
- 92 - die Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche frühzeitig und unabhängig vom
- 93 Aufenthaltsstatus, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung; die
- 94 bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker auszubauen, damit die
- 95 Versorgung quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden kann,
- 96 - vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer berufsbildenden
- 97 Schule auch für Geflüchtete, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen,
- 98 - Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn erleichtern,
- 99 - allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse
- 100 zur Verfügung stellen,
- 101 - Integrationslehrer:innen fest anstellen und fair bezahlen,
- 102 - Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten,
- 103 - die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern.

104 **Bleiberecht**

105 Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Kommune alle rechtlichen Spielräume nutzt, um
 106 Abschiebungen zu verhindern. Die Kommunen sollen ein von den Ausländerbehörden
 107 unabhängiges Beratungsangebot für von Abschiebung bedrohte Einwohner:innen vorhalten.
 108 Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan stellen schwere
 109 Menschenrechtsverletzungen dar und müssen unbedingt unterlassen werden.

110 **Integration durch Arbeitsplätze**

111 Eine schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration.
 112 Dies gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und
 113 Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu
 114 kämpfen.

115 **Wir wollen**

- 116 - anonyme Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern,
- 117 - Auftragsvergaben nur an Unternehmen, die ebenfalls anonyme Bewerbungsverfahren
- 118 durchführen,
- 119 - Asylsuchenden und EU-Zuwander:innen sofort nach ihrer Ankunft ermöglichen, Deutsch
- 120 zu lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen; diesen Teilnahmeanspruch
- 121 müssen auch Geduldete, unabhängig vom Duldungsgrund, erhalten,
- 122 - das Arbeitsverbot für Asylbewerber:innen in den ersten drei Monaten abschaffen; die
- 123 Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten muss
- 124 abgeschafft werden,
- 125 - Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte
- 126 Dauer der Berufsausbildung gewähren,
- 127 - interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden,
- 128 - die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung.

129 **Für eine humane Flüchtlingspolitik**

130 Die Integration von Geflüchteten muss am Tag ihrer Ankunft beginnen.

131 Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Statt uns
 132 gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür streiten, dass es ALLEN
 133 bessergeht.

134 Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das
 135 politische Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene mit einer
 136 angeblich „guten Bleibeperspektive“ und solche mit einer angeblich „schlechten
 137 Bleibeperspektive“ einzuteilen.

138 Mit der Begründung der „schlechten Bleibeperspektive“ wird vielen Geflüchteten zum Beispiel
 139 der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verweigert. Auch wird ihnen nicht erlaubt, sich
 140 selbst eine Wohnung zu suchen.

141 Wir lehnen das Konstrukt der angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ ab. Es widerspricht dem als
 142 Individualrecht konzipierten Grundrecht auf Asyl. Es dient dazu, die Rechte und
 143 Widerspruchsfristen von Geflüchteten zu beschneiden, eine fundierte Einzelfallprüfung zu
 144 vermeiden und Asylanträge schneller abzulehnen, um Menschen schneller abschieben zu
 145 können.

146 **Wir wollen**

- 147 - eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen
- 148 - geflüchteten Roma gleiche Rechte zugestehen wie allen Geflüchteten,
- 149 - jegliche Abschiebep Praxis beenden,
- 150 - verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung
- 151 schutzsuchender Menschen in den Landesunterkünften und Kommunen einführen,
- 152 - perspektivisch Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen statt in
- 153 Massenunterkünften,
- 154 - Vorrangigkeitsprüfungen in der Kommune aussetzen,
- 155 - die Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben
- 156 und finanzieren,
- 157 - Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die
- 158 Ausländerbehörden verbindlich sein,
- 159 - die Strukturen der Geflüchteten-Arbeit ausbauen und verstetigen; dafür mehr Personal
- 160 sowohl in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen,
- 161 - eine:n vom Landtag bestellte:n Geflüchtetenbeauftragte:n ernennen,
- 162 - den Zugang zu Sozialberatung und weiteren Beratungseinrichtungen gesetzlich
- 163 verankern,
- 164 - Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylsuchenden,
- 165 - vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen,
- 166 - Unterbringung in Wohnungen statt in Massenunterkünften,
- 167 - keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-
- 168 Westfalen
- 169 - Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen,
- 170 - Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende

171 **Kommunal Verantwortung übernehmen: Sichere Häfen jetzt!**

172 Die Linke steht ein für solidarische Städte, die angesichts der humanitären Krise an den EU-
 173 Außengrenzen und des Sterbens im Mittelmeer ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Seit

174 der Gründung der internationalen Seebrücke-Bewegung im Juli 2018 haben sich bereits
175 zahlreiche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu „sicheren Häfen“ erklärt. Sie stellen
176 sich damit gegen die menschenrechtswidrige Abschottungspolitik der EU, die tausende Tote
177 fordert. Die Linke unterstützt diese kommunalen Initiativen, die angesichts der humanitären
178 Krise von der Bundes- und Landesregierung die Möglichkeit einfordern, Nothilfe leisten zu
179 dürfen – also aus Seenot Gerettete zusätzlich zu den Verteilquoten aufnehmen zu können.
180 Weiter setzt sich Die Linke dafür ein, dass den Worten auch Taten folgen und dass die
181 Kommunen ein sicheres Ankommen organisieren.

182 **Wir wollen**

- 183 - kommunale Beschlüsse für sichere Häfen, mit denen die Städte und Gemeinden ihre
184 Unterstützung für die zivile Seenotrettung erklären und Unterbringung von aus Seenot
185 geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote anbieten
- 186 - Beitritt der Kommune zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“, in dem sich die Städte und
187 Gemeinden für die Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen
188 Migrationspolitik einsetzen